

Leben in Deutschland

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland

Abbildungen

Abbildung 1:	Steuerkraft der Gemeinden	2
Abbildung 2:	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	3
Abbildung 3:	Verfügbares Einkommen	4
Abbildung 4:	Bevölkerungsentwicklung	5
Abbildung 5:	Angebotsmieten	6
Abbildung 6:	Erreichbarkeit von Krankenhäusern	7
Abbildung 7:	Breitbandversorgung	8
Abbildung 8:	Arbeitslosenquote und Langzeitarbeitslose	9
Abbildung 9:	Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss	10
Abbildung 10:	Pendlerverflechtungen	11
Abbildung 11:	Bedarfsgemeinschaften	12

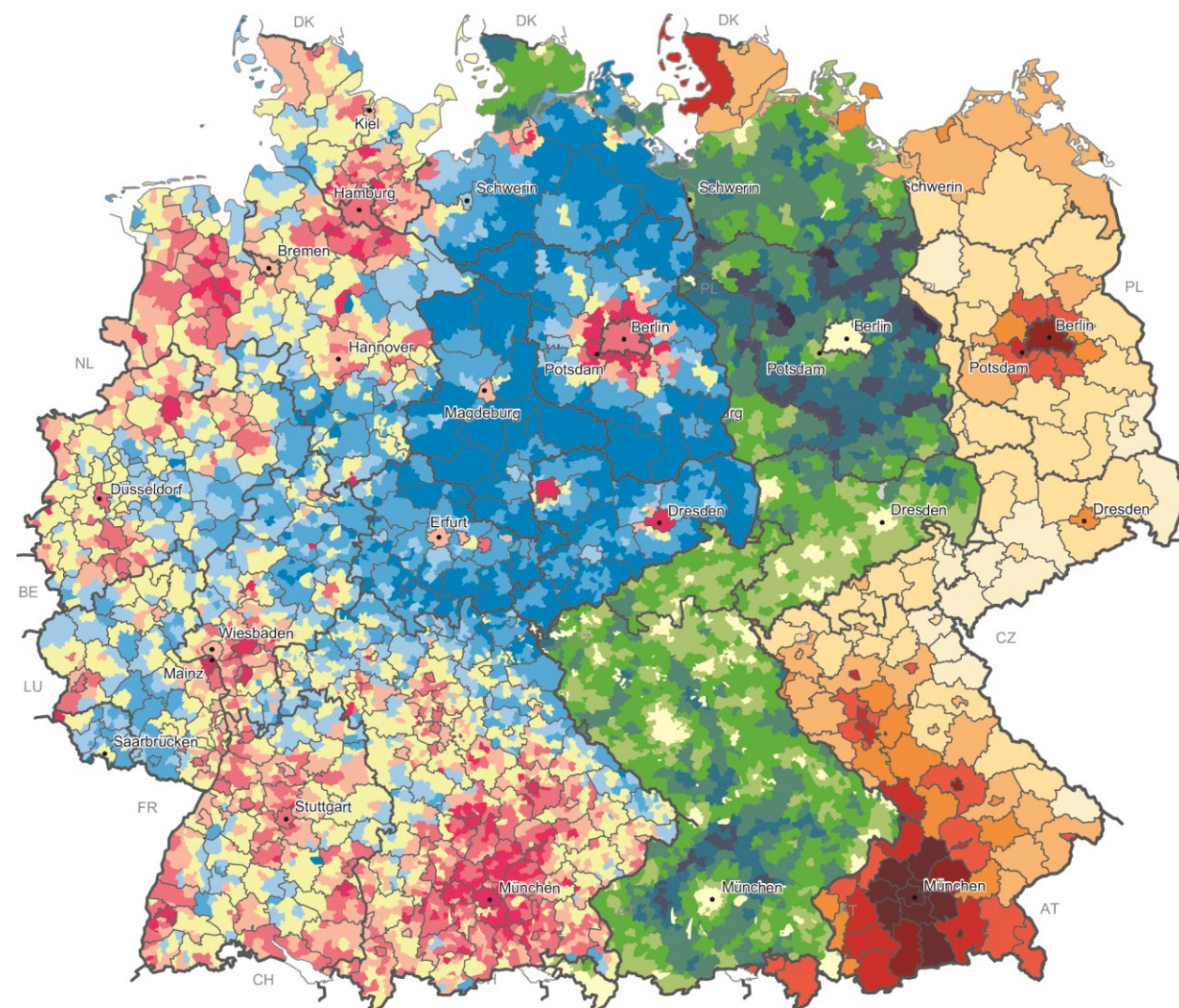
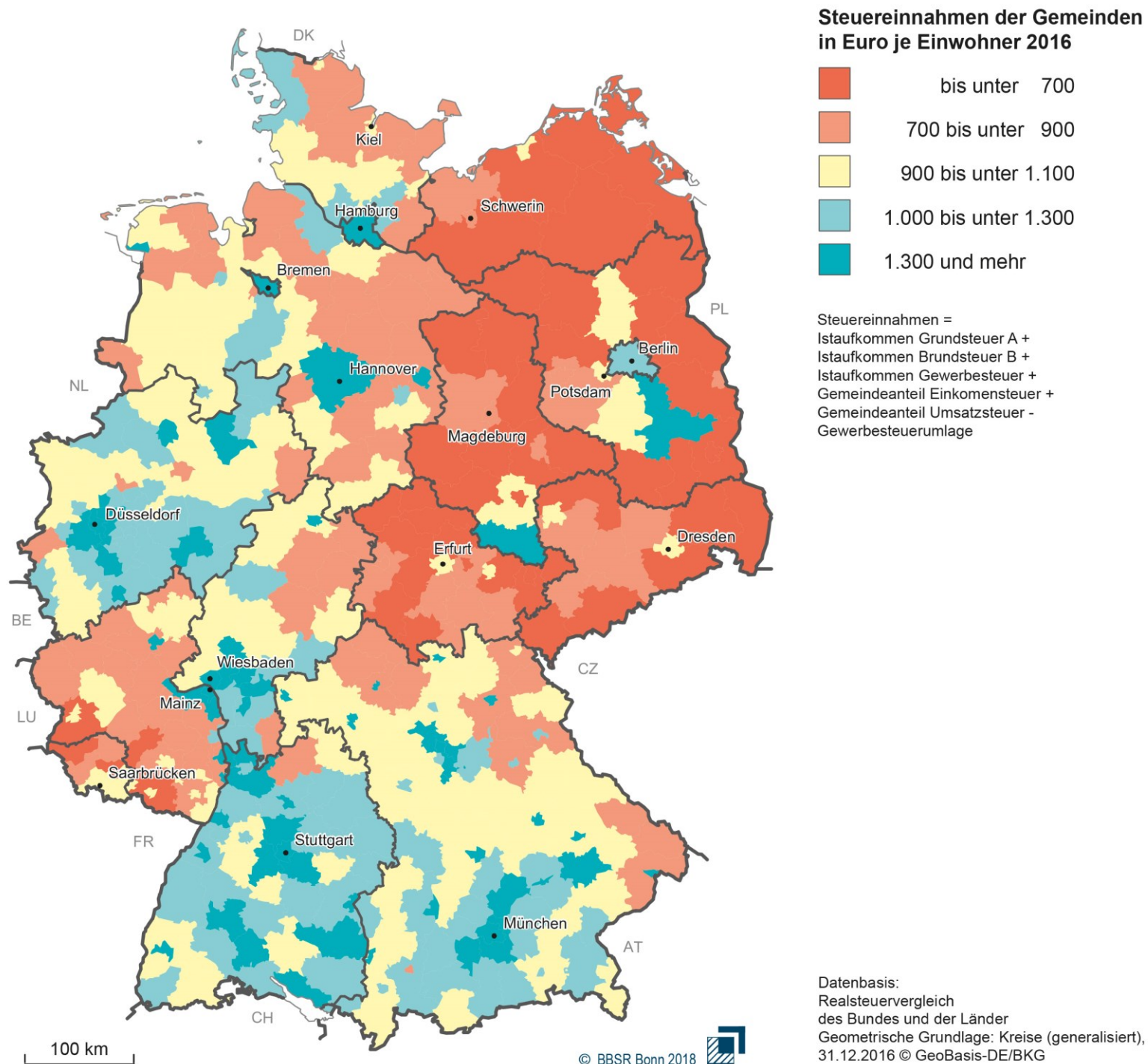


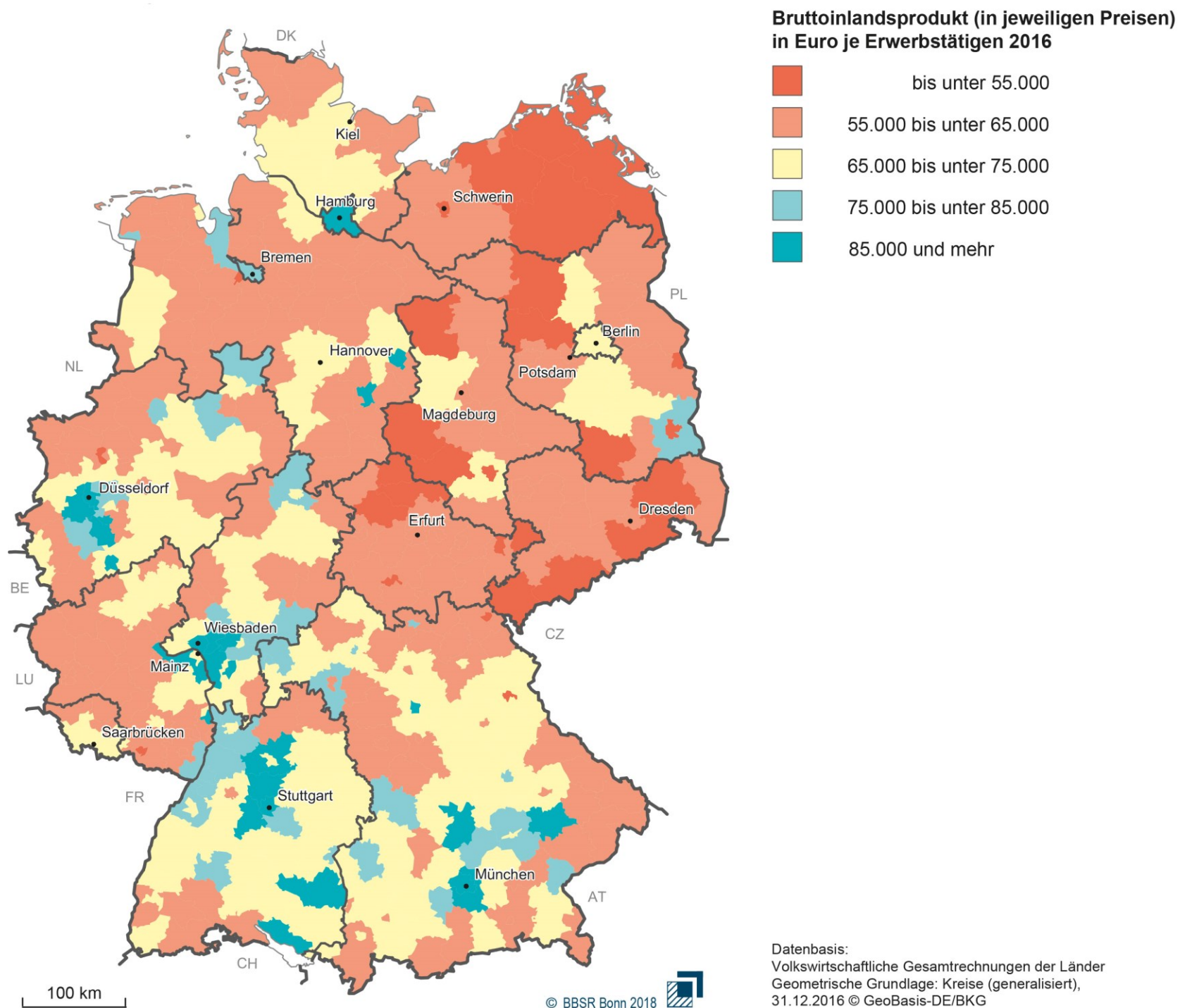
Abbildung 1: Steuerkraft der Gemeinden



Im Mittel über alle Landkreise und kreisfreien Städte betragen die kommunalen Steuereinnahmen 1.056 Euro pro Einwohner (2016). 49 Städte und Landkreise – also etwa 12 Prozent – verfügen über weniger als 700 Euro pro Einwohner. Die meisten davon liegen in Ostdeutschland, nur fünf davon finden sich in den alten Bundesländern. Dies sind Südwestpfalz, Trier-Saarburg und Kusel in Rheinland-Pfalz sowie Neunkirchen und Merzig-Wadern im Saarland.

Demgegenüber liegen die Steuereinnahmen in neun Stadt- und Landkreisen bei mehr als 2.000 Euro. Die meisten sind bayerische Gebietseinheiten, wie die Stadt und der Landkreis München, Coburg, Dingolfing-Landau, Ingolstadt und Regensburg, aber auch Frankfurt mit dem Main-Taunus-Kreis sowie Wolfsburg gehören dazu. Insofern ist der kommunale Handlungsspielraum zwischen den Regionen sehr unterschiedlich.

Abbildung 2: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen



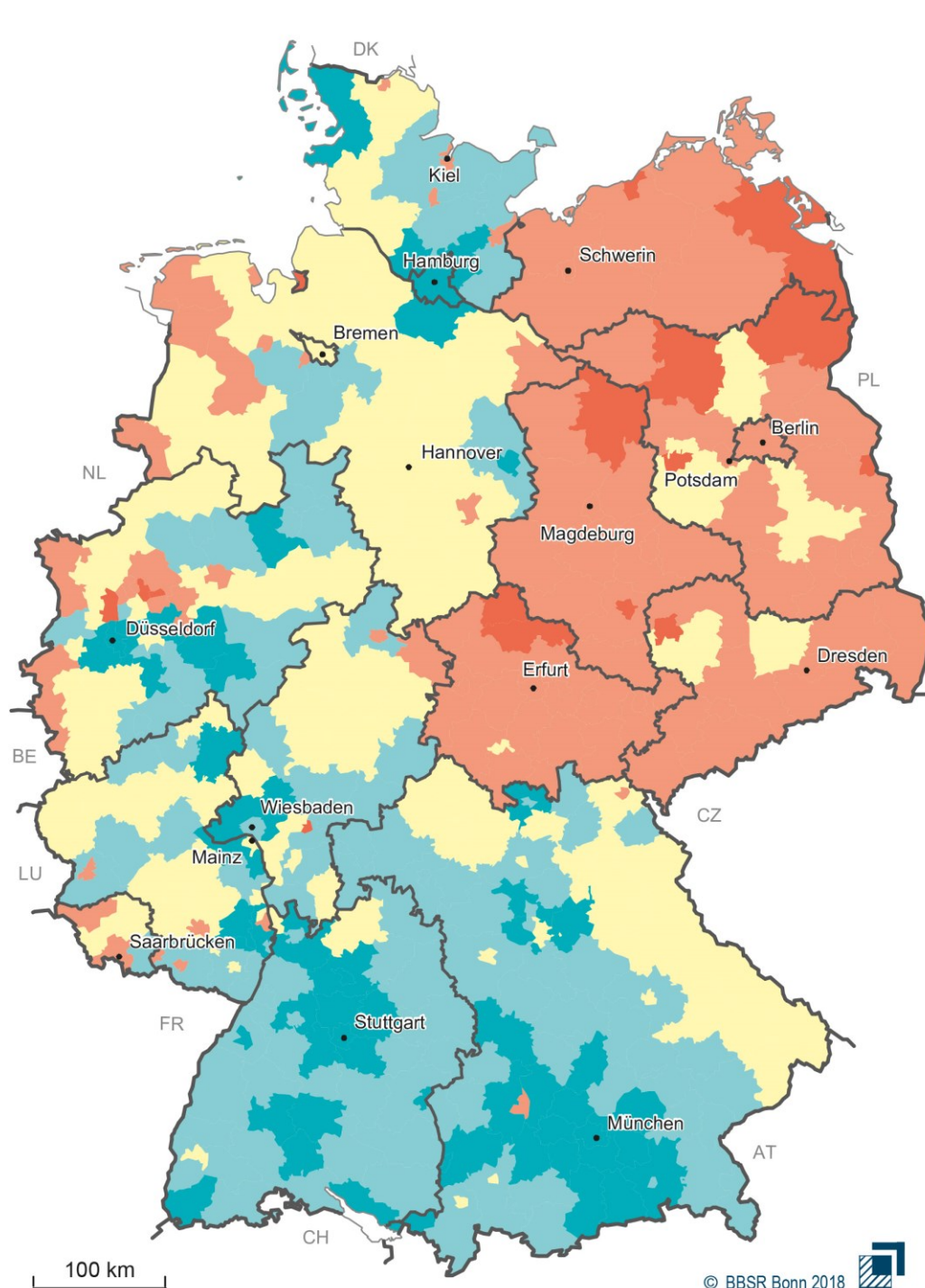
Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ist ein Maß für die Produktivität.

Ost- und Westdeutschland nähern sich immer weiter an – wenngleich sich die Geschwindigkeit verringert hat.

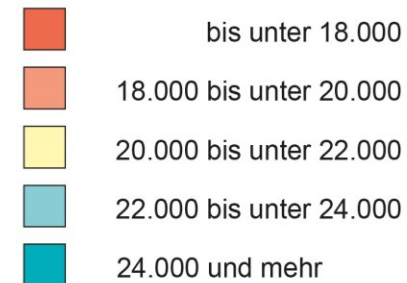
Die meisten Regionen mit einem BIP von weniger als 55.000 Euro pro Erwerbstätigen (2016) liegen in Ostdeutschland. Das betrifft fast 40 Prozent aller Landkreise bzw. kreisfreien Städte in den neuen Bundesländern. Hingegen gehören nur acht von 324 administrativen Einheiten in den alten Ländern zu dieser Gruppe, u.a. Delmenhorst, Bottrop, Weiden i.d.OPf., die Stadt Hof oder Pirmasens.

In den westdeutschen Städten mit ihrem Umland ist das BIP pro Erwerbstätigen dagegen überdurchschnittlich hoch. An der Spitze stehen mit einem BIP von deutlich über 100.000 Euro pro Erwerbstätigen Standorte von großen Industrieunternehmen – etwa Ludwigshafen am Rhein, Böblingen, der Landkreis München, Ingolstadt sowie Wolfsburg.

Abbildung 3: Verfügbares Einkommen



Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte* 2016 in Euro je Einwohner



* Im Wesentlichen Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit, Vermögenseinkommen, Alters- und Hinterbliebenenversorgung, staatlichen Transfers (z.B. Sozialleistungen, Kindergeld) abzüglich Steuern sowie Sozialbeiträgen und steht für Konsum und Sparen zur Verfügung.

Datenbasis:
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG

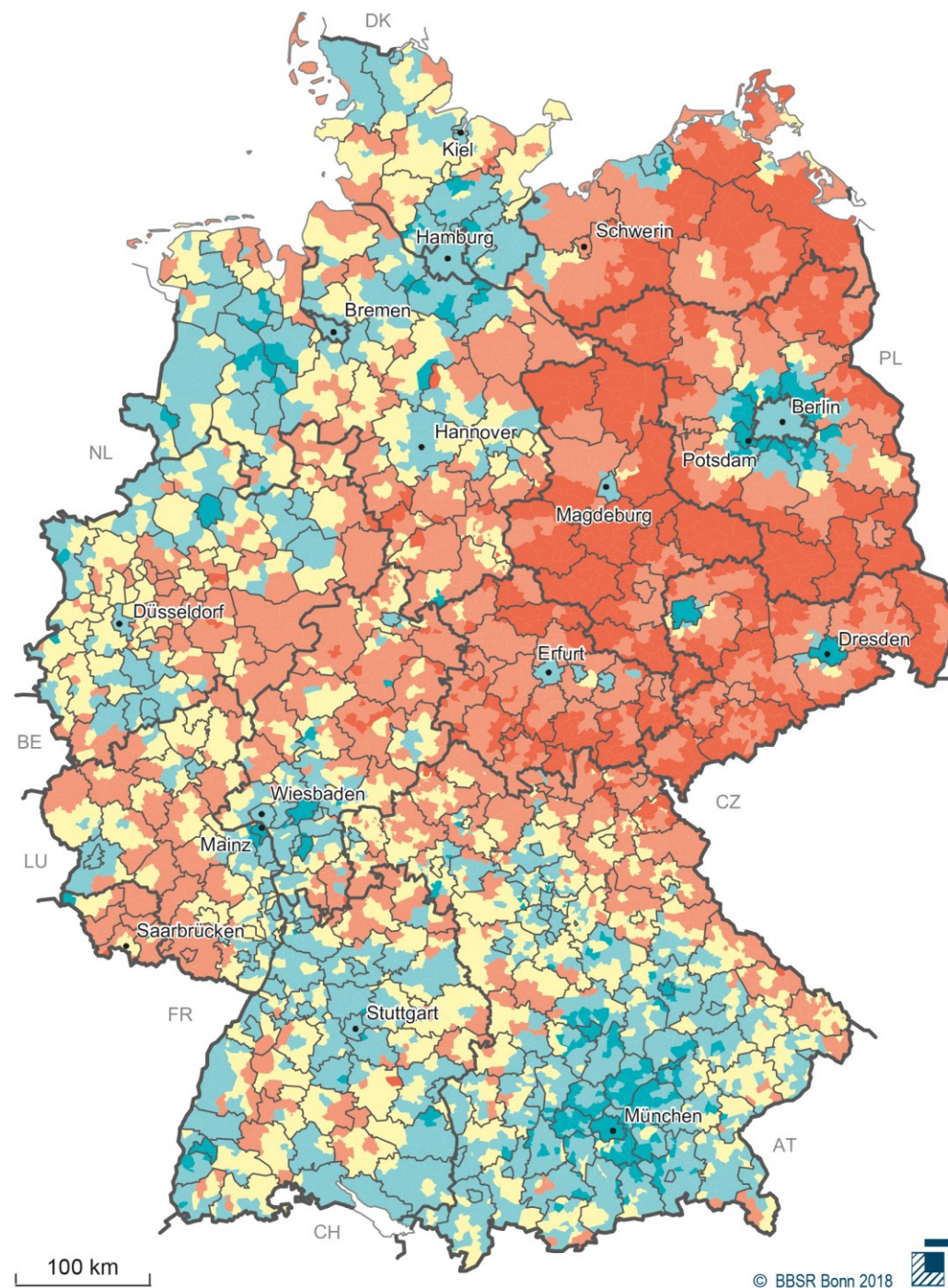
Das verfügbare Einkommen je Einwohner ist in Ostdeutschland um 15,1 Prozent niedriger als in Westdeutschland. Hinzu kommt noch ein Gefälle zwischen den nördlichen und südlichen Bundesländern Westdeutschlands.

Bundesweit liegt das verfügbare Einkommen im Durchschnitt bei 21.718 Euro (2016) je Einwohner. Auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte gibt es jedoch starke Disparitäten:

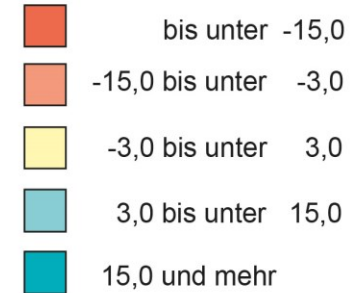
Unter 17.500 Euro belaufen sich die Werte in Gelsenkirchen, Duisburg, Halle (Saale), Vorpommern-Greifswald und Frankfurt (Oder). Hingegen liegt das verfügbare Einkommen je Einwohner in Baden-Baden, Ulm, der Stadt und dem Landkreis München, dem Hochtaunuskreis, der Stadt Heilbronn und Starnberg bei über 29.000 Euro.

Allerdings sagt die durchschnittliche Höhe des verfügbaren Einkommens in einer Region nichts über die Verteilung innerhalb der Region aus. Hierzu fehlen statistische Daten.

Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung



Entwicklung der Bevölkerung 2000 bis 2016 in %



Anmerkung: Daten vor 2011 zensusbereinigt

Datenbasis: Bevölkerungsfortschreibung des Bundes und der Länder
Geometrische Grundlage: Gemeindeverbände (generalisiert),
31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG

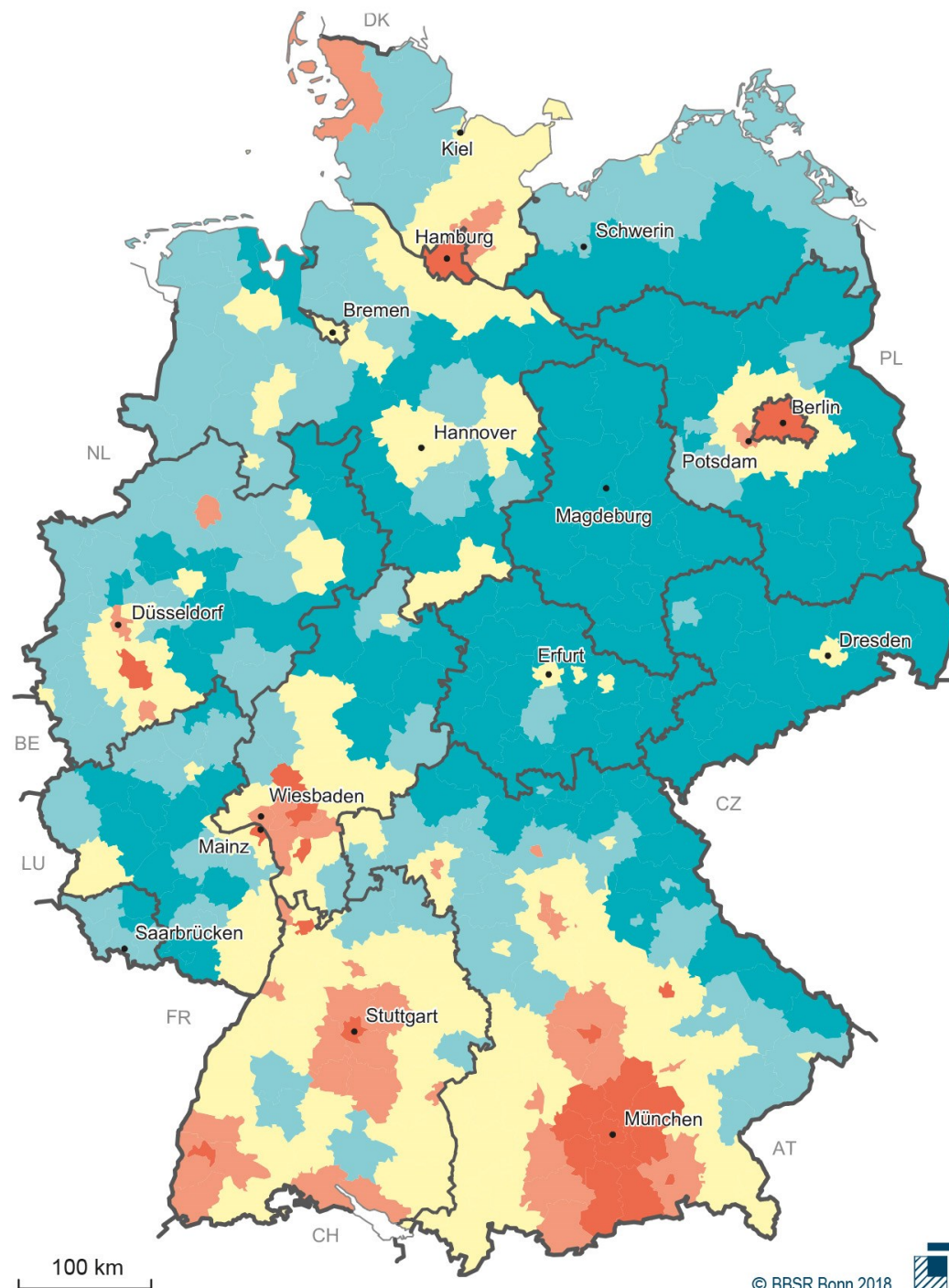
2016 leben knapp 82,3 Millionen Menschen in Deutschland, rund eine Million mehr als im Jahr 2000.

Die Bevölkerung in Deutschland entwickelt sich regional unterschiedlich. Besonders stark fällt das Wachstum in den Großstädten und ihrem Umland aus. Die 78 Großstädte wuchsen zwischen 2000 und 2016 um 1,6 Millionen Einwohner. Das entspricht einem Plus von 6,7 Prozent. Gemessen an der Einwohnerzahl legten die Großstädte Potsdam (+22,7 Prozent), München (+21,7 Prozent), Leipzig und Regensburg (je +18,4 Prozent) sowie Münster (+17,1 Prozent) besonders kräftig zu.

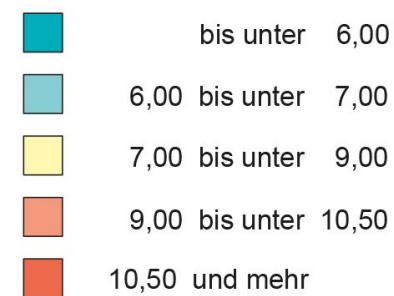
Kleine und mittelgroße Städte im Umland prosperierender Metropolen wuchsen ebenfalls deutlich.

Aber auch einige ländliche Räume verzeichnen 2016 mehr Einwohner als noch zur Jahrtausendwende – etwa in Baden-Württemberg, Bayern und im westlichen Niedersachsen. Dünn besiedelte Regionen abseits der Ballungsräume verloren dagegen weiter an Bevölkerung – einige Landkreise in Ostdeutschland sogar ein Fünftel ihrer Einwohner.

Abbildung 5: Angebotsmieten



Erst- und Wiedervermietungsieten
(Angebotsmieten nettokalt)
1. Hj. 2018 in Euro je m²



Datenbasis: IDN ImmoDaten GmbH
Geometrische Grundlage: Wmkreise basierend auf
Gemeinden (generalisiert)
31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG

Anmerkungen:
In Brandenburg innere Differenzierung der Kreise nach
engerem Verflechtungsraum und äußerem Entwicklungsraum.
Regionalkreis Hannover und Städteregion Aachen
differenziert nach Stadt und ehemaligem Umlandkreis.

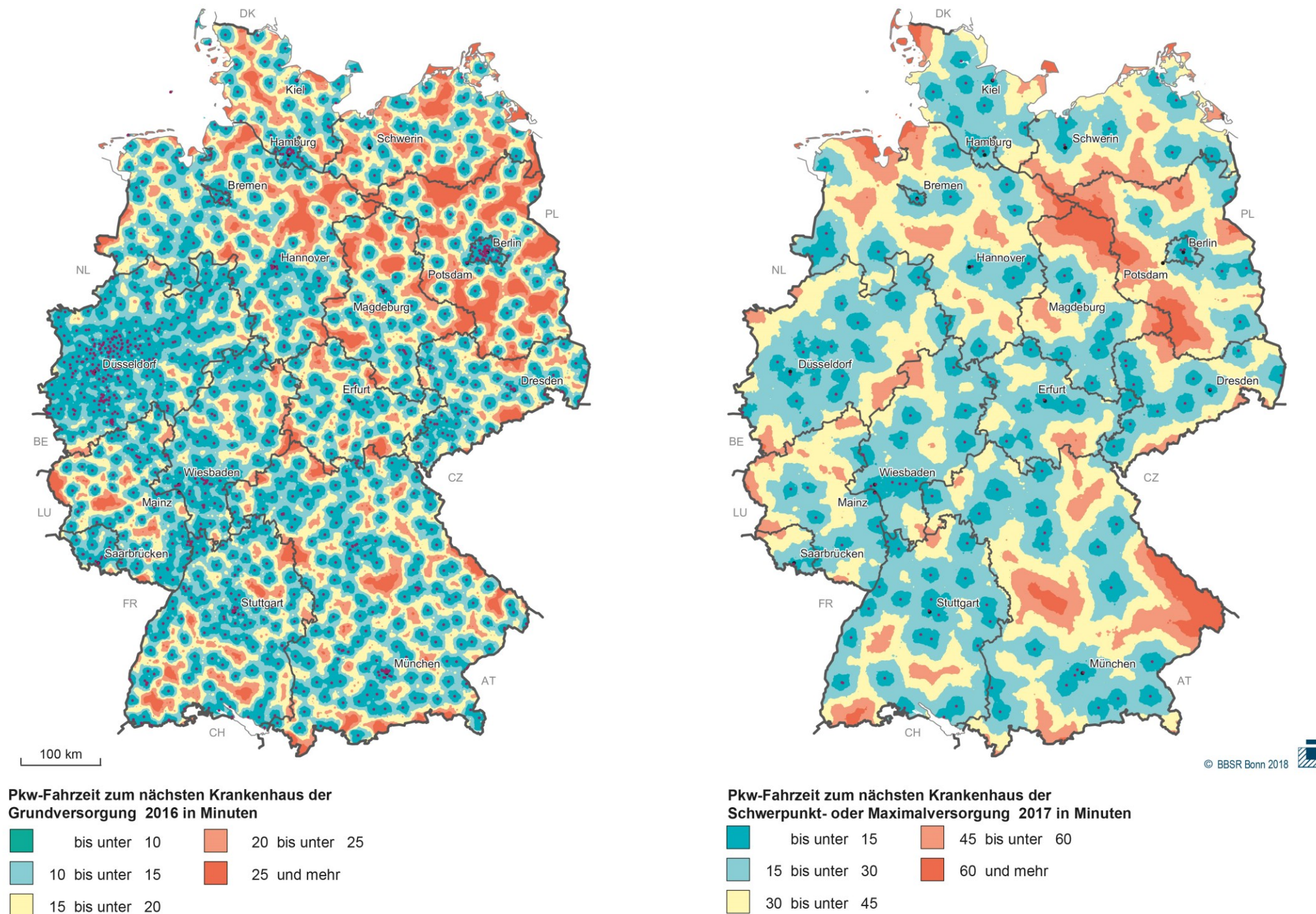
Die Höhe der durchschnittlichen Angebotsmieten streut ähnlich wie die Immobilienpreise sehr stark in den Teilräumen Deutschlands. Sie variieren im Jahr 2018 von 4,50 Euro je Quadratmeter im Vogtlandkreis (Sachsen) bis hin zu 17,54 Euro in der Stadt München.

Die prosperierenden Groß- und Universitätsstädte heben sich deutlich von ihrem Umland ab. Von den Metropolregionen München, Stuttgart und Rhein-Main werden die hohen Mieten weit in die ebenfalls wirtschaftlich starken Umlandkreise getragen.

In anderen Regionen wie Düsseldorf/Köln/Bonn oder Berlin reichen die hohen Mieten nur in das engere Umland. Dort schließen sich ländliche Räume mit deutlich niedrigeren Angebotsmieten an.

Bundesweit lagen die Angebotsmieten im ersten Halbjahr 2018 bei 8,33 Euro je Quadratmeter.

Abbildung 6: Erreichbarkeit von Krankenhäusern



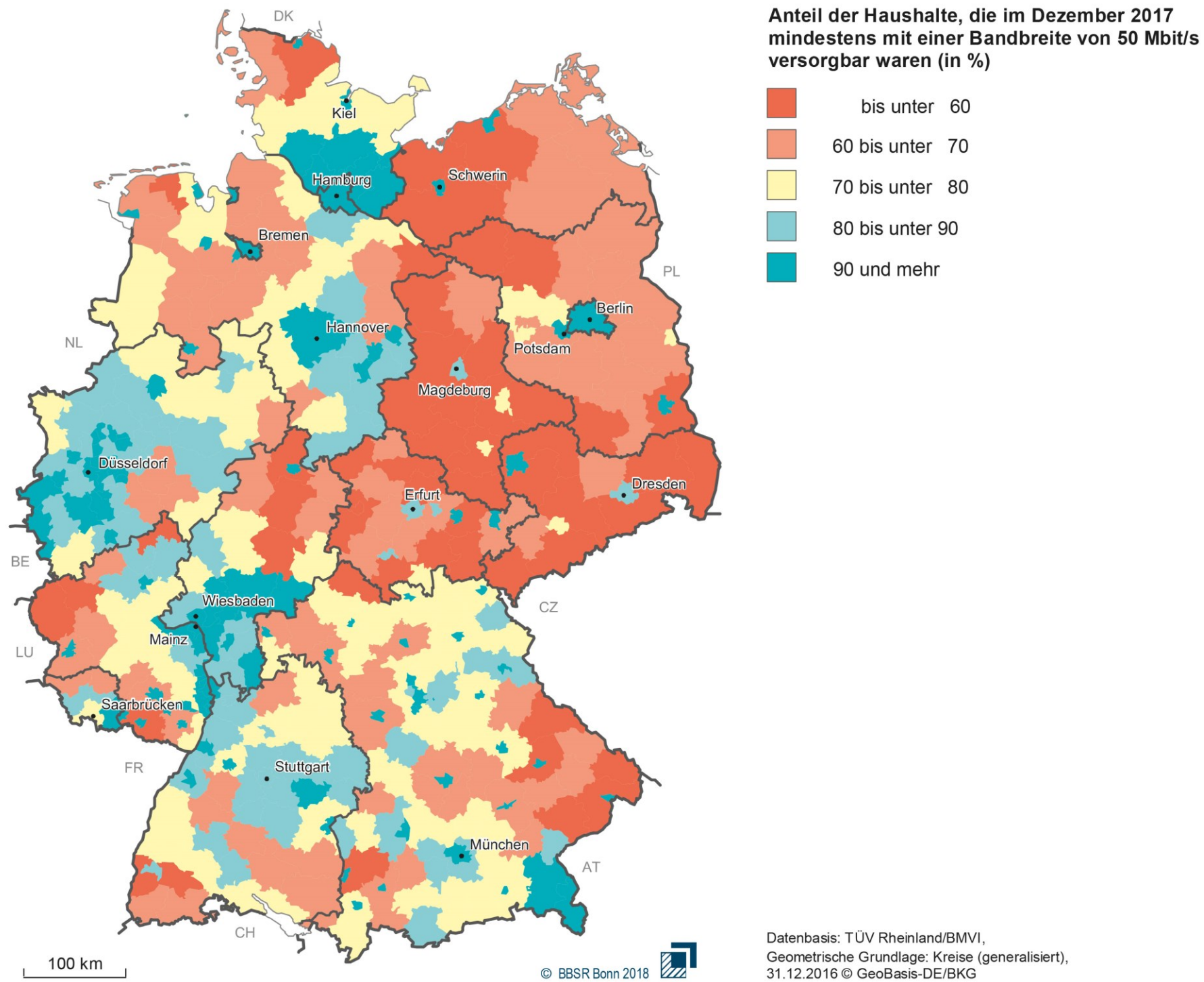
Datenbasis: Erreichbarkeitsmodell des BBSR, Laufende Raumbewertung des BBSR, Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG, Bearbeitung: T. Pütz

In Deutschland gibt es 1.156 Krankenhäuser der Grundversorgung (2016) sowie 153 der Schwerpunkt und Maximalversorgung (2017).

Rund 95 Prozent der bundesweiten Bevölkerung erreichen das nächste Krankenhaus der Grundversorgung mit dem Pkw in max. 20 Minuten. Bei einer Fahrzeit von 25 Minuten sind es sogar fast 99 Prozent. Besonders kurze Fahrzeiten finden sich überwiegend in den städtischen Regionen. Allerdings gibt es auch einzelne dünn besiedelte und periphere Gebiete, deren Bevölkerung eine Anfahrtszeit von mehr als 30 Minuten in Kauf nehmen muss.

Das Netz mit Krankenhäusern der Schwerpunkt- und Maximalversorgung ist naturgemäß weniger dicht. Diese verfügen über die Grundversorgung hinaus über ein breiteres Leistungsspektrum. In manchen Teilräumen betragen die Fahrzeiten dorthin 60 Minuten und mehr. Dies betrifft Regionen in der so genannten inneren Peripherie, beispielsweise der Raum zwischen Dresden, Magdeburg, Berlin, Schwerin und Hamburg sowie das Dreieck zwischen Stuttgart, München und Nürnberg, aber auch einige Regionen an den Landes- bzw. Staatsgrenzen.

Abbildung 7: Breitbandversorgung



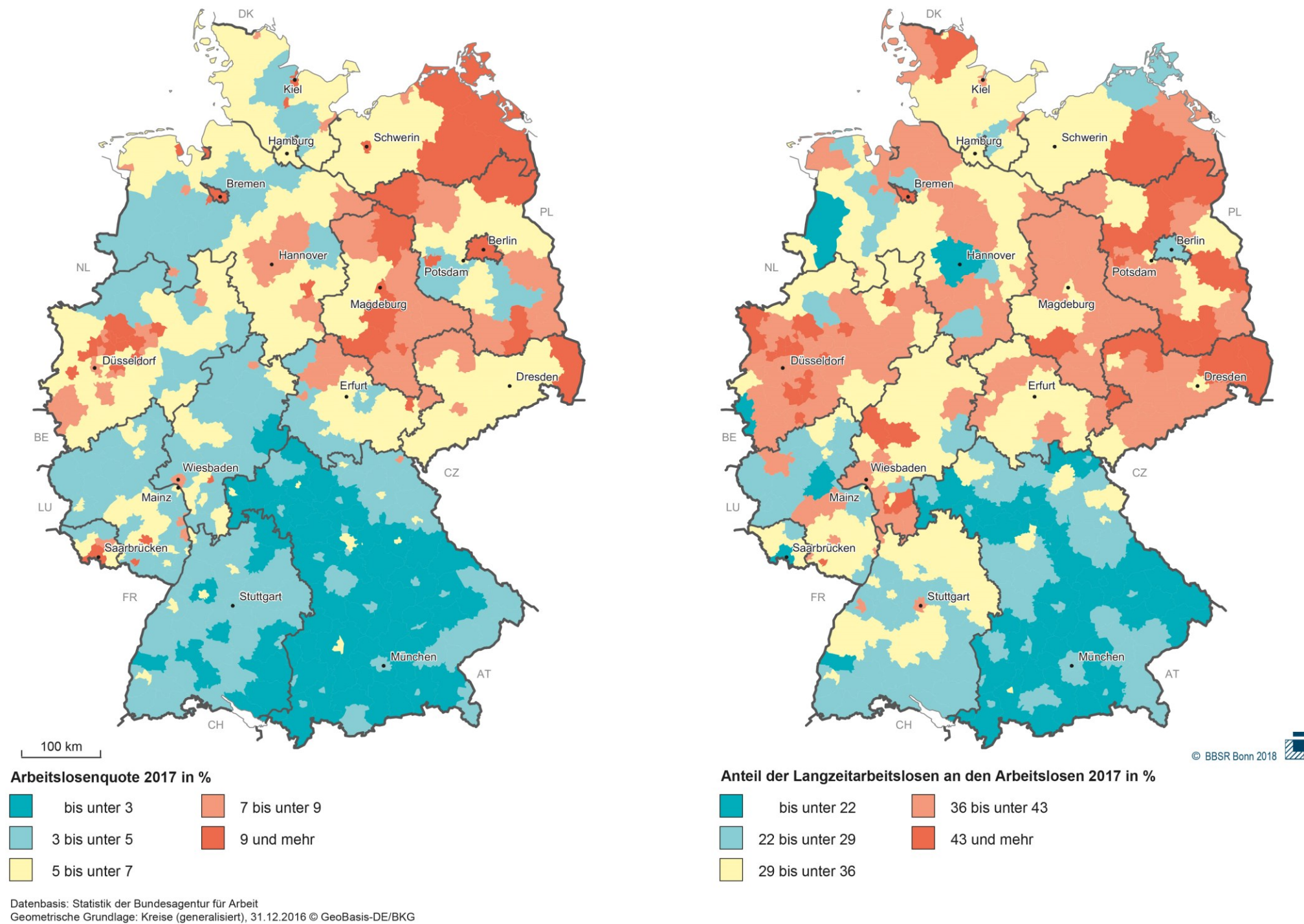
In Deutschland können 80,5 Prozent der Haushalte mit einer Internetgeschwindigkeit von mehr als 50 Mbit pro Sekunde versorgt werden.

Dabei gibt es starke regionale Disparitäten:

Im Jerichower Land beläuft sich der Anteil auf lediglich 27 Prozent, und in 23 Landkreisen betrifft dies nur die Hälfte der Haushalte oder weniger. Diese liegen vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen – aber auch in einigen Kreisen in den Mittelgebirgen – etwa in der Eifel, dem Westerwald, im Hessischen Bergland und Thüringer sowie Bayerischen Wald.

Hingegen ist das Angebot in den Städten meist so gut, dass dort über 90 Prozent der Haushalte diese Art der Breitbandversorgung nutzen können.

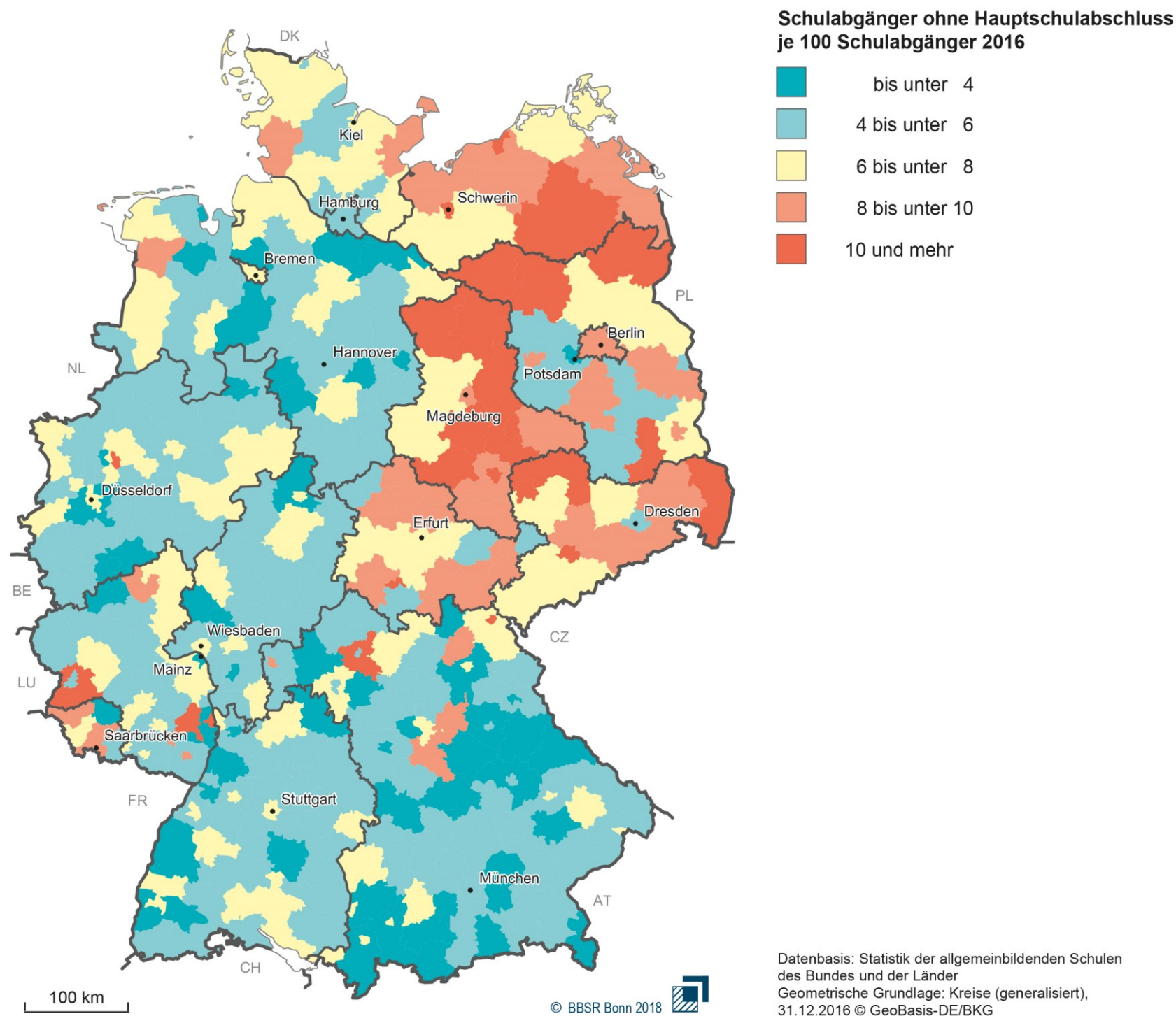
Abbildung 8: Arbeitslosenquote und Langzeitarbeitslose



Bei der Arbeitslosenquote gibt es zwei räumliche Muster: Zum einen fallen die Städte mit höheren Werten auf. Zum anderen – und dies betrifft vor allem Ostdeutschland – haben die ländlich-peripheren Regionen deutlich höhere Quoten. Peripher bezeichnet dabei nicht nur die Landkreise an den Außengrenzen, sondern auch in der so genannten inneren Peripherie, also die Regionen zwischen den großen Städten, von denen die Arbeitsmarktzentren schlecht erreichbar sind.

Eine verfestigte Arbeitslosigkeit lässt sich über den Anteil der Langzeitarbeitslosen darstellen: Zwar bildet hierbei die Uckermark mit 54,9 Prozent die am stärksten betroffene Region, d.h. mehr als jeder zweite Arbeitslose ist dort länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Auch andere, im ländlich-peripheren Raum von Ostdeutschland liegende Landkreise weisen Werte von mehr als 45 Prozent auf – etwa Görlitz, Bautzen oder Elbe-Elster. Dies trifft aber auch auf eine Reihe von Städten und Kreisen in den alten Bundesländern zu: Recklinghausen und Mülheim an der Ruhr mit jeweils über 53 Prozent, Pirmasens, der Rheinisch-Bergische Kreis, Hamm oder Oberhausen mit Anteilen zwischen 45 und fast 49 Prozent. Dabei gilt der folgende Zusammenhang als generelles Muster: Je höher die Arbeitslosenquote, desto höher auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen.

Abbildung 9: Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss

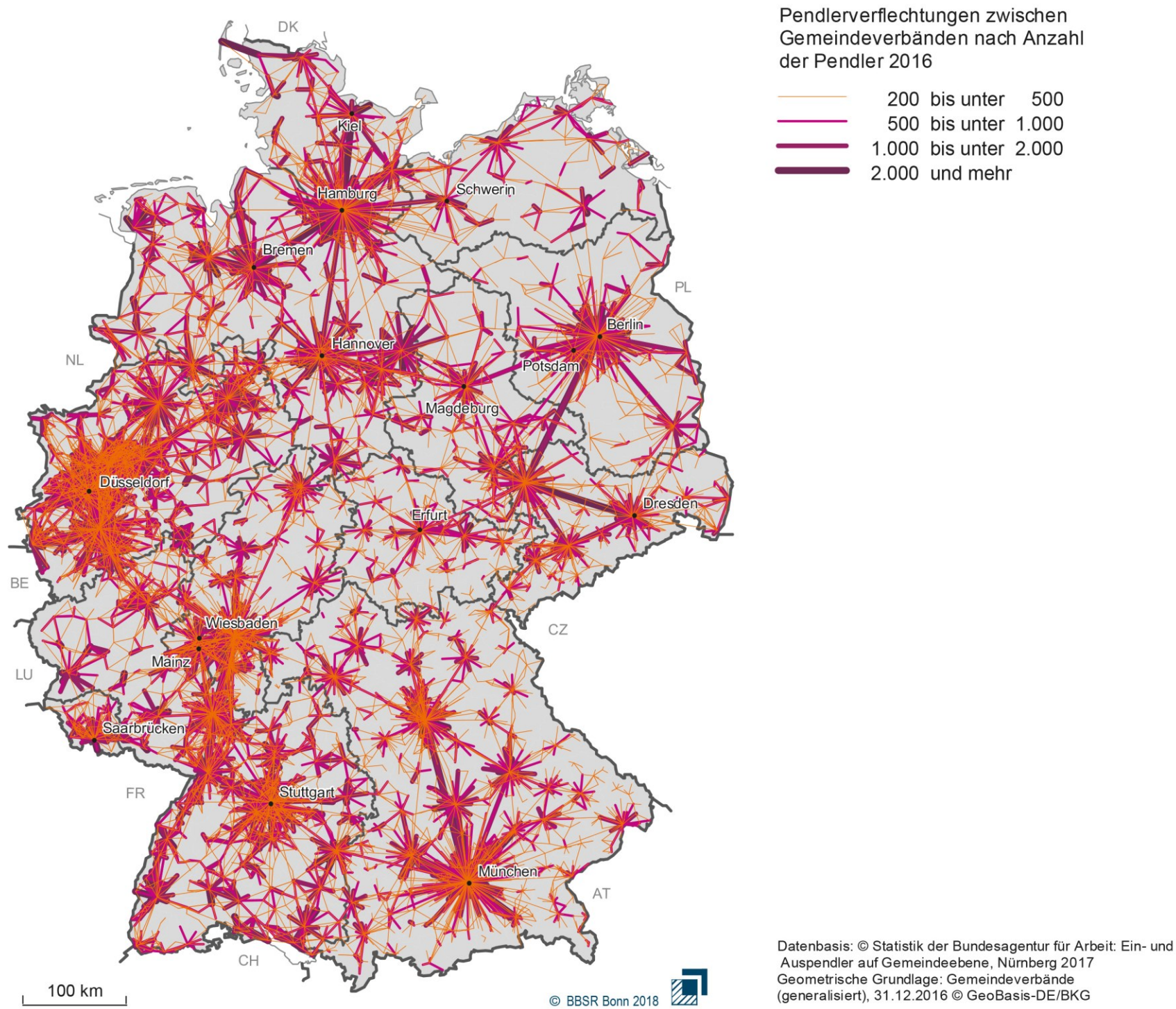


Deutschlandweit betrug im Jahr 2016 die Quote der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 5,7 Prozent. In Halle (Saale), der Uckermark, Gelsenkirchen, Jerichower Land, Schwerin und Prignitz ist der Anteil aber mindestens doppelt so hoch – bis zu 14,2 Prozent. Zum Vergleich: In Mainz, Heidelberg und Weiden i.d.OPf. liegt er unter 2 Prozent.

Ein hoher Anteil an Schulabbrechern verfestigt sich in vielen Regionen über die Jahre, auch wenn in einzelnen Kreisen und Städten die Quote erfolgreich gesenkt werden konnte. Damit steigt im Zeitverlauf der Anteil der Bevölkerung mit einer geringen schulischen Bildung in diesen Regionen, zumal besser gebildete Menschen eher abwandern und weniger gebildete Menschen tendenziell in ihren Heimatregionen bleiben. Die ansässigen Firmen haben zunehmend Probleme, aus Altersgründen ausscheidende Facharbeiter zu ersetzen – zumal viele dieser Regionen nicht zu den großen Zielen der Binnenwanderung zählen.

Die Abbrecherquote ist bei jungen Männern höher als bei jungen Frauen. Besonders hoch ist der Abstand zwischen den Geschlechtern in Regionen, wo es ohnehin schon viele Schulabbrecher gibt.

Abbildung 10: Pendlerverflechtungen



Immer mehr Beschäftigte arbeiten in einer anderen Gemeinde als der, in der sie wohnen:

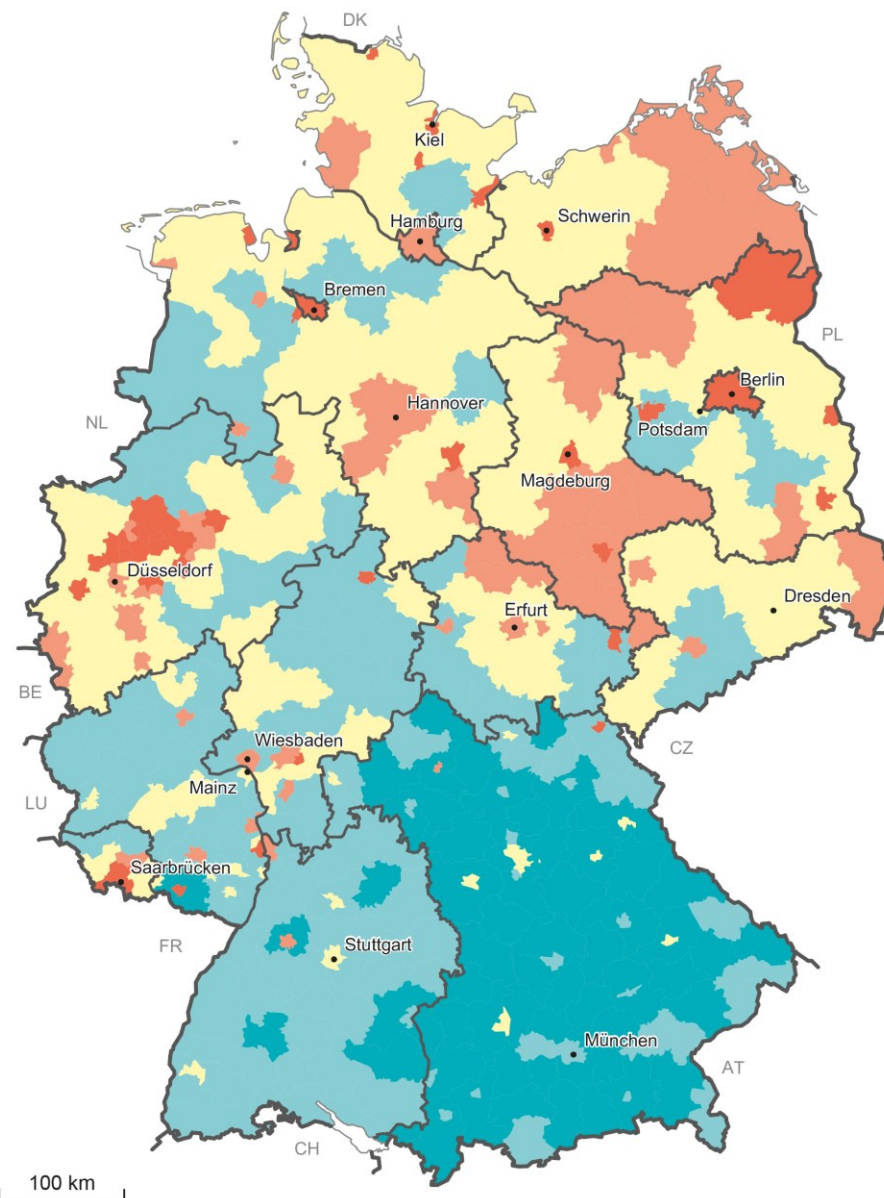
Während im Jahr 2000 noch 53 Prozent aller Arbeitnehmer zur Arbeit pendelten, sind es inzwischen 60 Prozent.

Regionale Unterschiede beim Arbeitsplatzangebot und den Wohnkosten tragen dazu ebenso bei wie die immer besser ausgebaute Infrastruktur und damit verbundene Mobilität der Menschen.

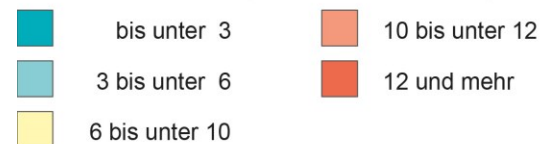
Besonders viele Menschen pendeln aus dem Umland in die Großstädte:

Inzwischen wohnen zwei Drittel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die z. B. in den Metropolen Frankfurt am Main, Düsseldorf und Stuttgart arbeiten, außerhalb der Stadtgrenzen.

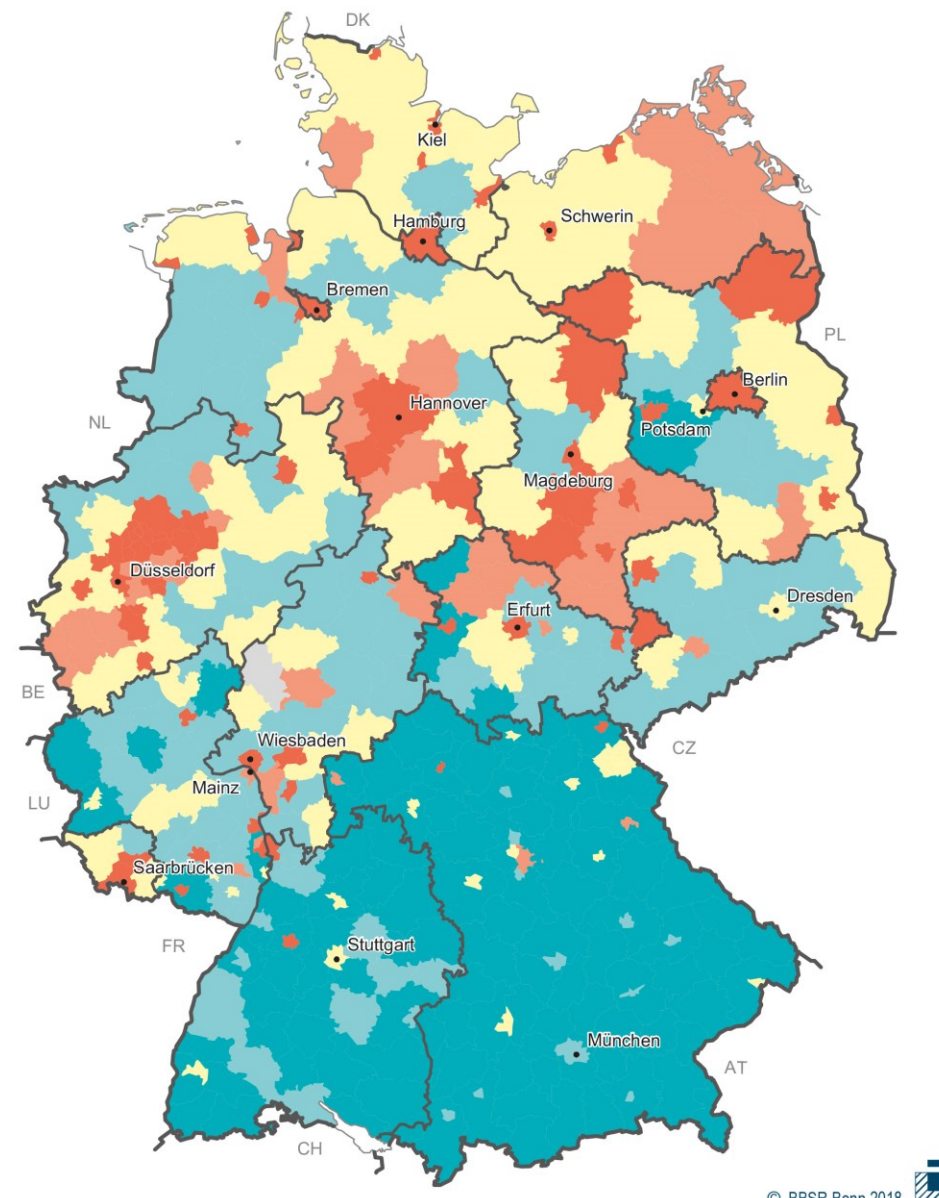
Abbildung 11: Bedarfsgemeinschaften



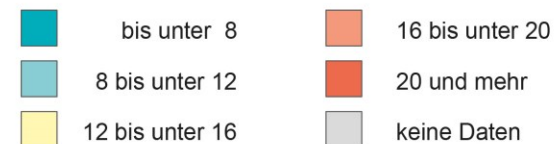
Personen in Bedarfsgemeinschaften 2017 je 100 Einwohner 2016



Datenbasis: Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik, Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG



Kinder in Bedarfsgemeinschaften 2017 je 100 Einwohner unter 15 Jahren 2016



© BBSR Bonn 2018

Der Anteil von Personen in Bedarfsgemeinschaften reicht von 1,3 Prozent in Pfaffenhofen a.d.Ilm bis 20,2 Prozent in Gelsenkirchen (2017). Insbesondere westdeutsche Großstädte weisen einen hohen Anteil auf. In einigen dieser Städte lebt mehr als jedes dritte Kind unter 15 Jahren in einer Bedarfsgemeinschaft. Aber auch ländlich geprägte Regionen in Ostdeutschland haben einen hohen Anteil an Personen bzw. an Kindern, die in Bedarfsgemeinschaften leben. Beispiele sind das östliche Mecklenburg-Vorpommern und das südöstliche Sachsen-Anhalt.